

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlagsgesellschaft
Herausgeber: Auer Verlagsgesellschaft
Vertrieb: Auer Verlagsgesellschaft

Telegramme: Auerblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Reichs und des Amtsgerichts Aue. Postbezugsnummer: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 163

Dienstag, den 15. Juli 1924

19. Jahrgang

Deutschland verlangt Loyalität.

Eine Erklärung der Reichsregierung im „Observer“.

London, 14. Juli. Der Berliner Vertreter des „Observer“ berichtet seinem Blatte, daß die deutsche Regierung ihn um Veröffentlichung einer Erklärung ersucht habe, in der sie betont,

daß sie nach wie vor entschlossen sei, diejenigen Bedingungen des Dawesberichts, die in ihrer Macht liegen, zu erfüllen, ohne daß zu diesen Bedingungen etwas hinzugefügt oder etwas davon fortgenommen wird.

Es sei nicht die Politik Deutschlands, den Dawesbericht durch neue und unvorhergesehene Forderungen im letzten Augenblick zu sabotieren.

Ebenso aber, wie Deutschland loyal entschlossen sei, die ihm auferlegten Bedingungen zu erfüllen, so erwarte es, daß die Bedingungen, die der Bericht den anderen auferlegt habe, ebenso loyal eingehalten werden.

Diese Bedingungen bestehen in der Wahrung des Ruhrgebietes und in der Wiederherstellung des Rheinlandabkommens

Deutschland fordere nichts im voraus, es verlange aber die Erfüllung der im Bericht vorgesehenen Bedingungen, und je sicherer Deutschland auf guten Willen rechnen könne, um so größer werde die Reichstagsmehrheit für die Annahme des Berichtes sein. Das deutsche Volk sei entschlossen, die Lasten, die das Gutachten ihm auferlege und die nach über den Versailler Vertrag hinausgehen, auf sich zu nehmen, wenn es endlich die Gewißheit erhalte, daß die Bedeutung und der Zweck eines solchen Versuches anerkannt würden.

Die Londoner Konferenz, die am Mittwoch beginnt, und die über die Einzelheiten des Inkrafttretens des Dawesberichts beschließen soll, wird von Anfang an unter keinem allgünstigen Zeichen stehen. Der englische Premierminister hat zwar durch seine Reise nach Paris und die dort mit Herriot getroffenen Vereinbarungen verhindert, daß das Schwere Kind der internationalen Verständigung schon vorzeitig von den Bolschewisten erzwungen wurde. Herriot's stark bedrohte Stellung ist wieder etwas gestärkt, aber das ist nur erreicht worden, indem der demokratische und friedensfreundliche Geist Herriot's und Macdonald's durch einen starken Zusatz Polnaretschen Giftes denaturiert worden ist. Von dem Geiste des Dawesberichts, von der wirtschaftlichen Einsicht und dem Willen zu friedlicher Verständigung entfernt sich die französische Politik unter der neuen Regierung leider immer mehr. Das zeigt sich in der Art wirtschaftlichen und natürlich erst recht der militärischen Räumung des Ruhrgebietes zu vermeiden und die Eisenbahnrechte wenigstens in eingeschränkter Form aufrechtzuerhalten sucht. Das zeigt sich in dem Festhalten an der Reparationskommission als entscheidende Instanz in allen Fragen des Friedensvertrages, trotzdem diese in den letzten Jahren den Beweis ihrer Unfähigkeit.

Die neue deutsche Zollpolitik

Auf der Mittlereversammlung des Eisen- und Stahlwarenindustrieverbandes in Elberfeld machte der Reichstagsabgeordnete Dr. Schneider-Dresden folgende bemerkenswerte Ausführungen: Am 10. Januar 1925 erhält Deutschland wieder die volle Verfügung über seinen Zolltarif und über den Abschluß von Handelsverträgen. Deshalb ist es jetzt die Aufgabe der deutschen Wirtschaft, in dieser Hinsicht vorzubereiten. Es werden schwierige handelspolitische Probleme in der Zukunft an uns herantreten. Der Sommer 1919 brachte uns auch handelspolitisch eine neue Zeit. An Stelle der Handelsverträge traten die Kontingentierungen. Diese sahen darin das System der zukünftigen Handelspolitik. Es ist aber an seinen Mängeln in sich selbst zusammengefallen. Die alte Handelspolitik scheint unverändert zurückzuführen.

Was zu dem genannten Zeitpunkt muß der Aufbau des neuen Zolltarifs beendet sein. Er ist das wichtigste Instrument für unsere Handelspolitik und die Grundlage für den Abschluß von Handelsverträgen. Viele Kreise sehen heute noch das Ziel in den Einfuhrverboten. Diese sind aber für den Abschluß von Handelsverträgen ein schwieriges Instrument. Zolltarife dagegen sind bedeutend wirksamer. Es müssen demnach die Einfuhrverbote mit der Zeit gänzlich abgebaut werden.

Das Schema des neuen Zolltarifs ist so gut wie fertig. Es kann nun an die Festsetzung der Zolltarife selbst herangegangen werden. Der Zolltarif wird dem alten recht ähnlich sein. Er ist in den Positionen spezifizierter und wahrschein-

lich werden die Zolltarife höher sein, weil unsere Wertschöpfungskosten sich verteuert haben und das Geld eine Entwertung erfahren hat. Außerdem kommt in Betracht, daß Deutschland wirtschaftlich eine starke Veränderung erfahren hat, daß Eisen, Holz, Kohle, Wolle, Baumwolle, Leder, Eisenwaren, Eisenwaren, Eisenwaren nicht mehr zur deutschen Volkswirtschaft gehören. Das wird sich handelspolitisch auswirken müssen.

und Weise, wie man jede Bindung in der Frage der den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen und einen wirklichen Friedenszustand herzustellen doch jährlich in geradezu erschreckender Weise geliefert hat. Am stärksten aber tritt der Geist Polnarets in der Erklärung Herriot's zutage, daß Frankreich auch nach Inkrafttreten des Dawesberichts vollständige Freiheit zu selbständigem Vorgehen gegen Deutschland habe, wenn eine böswillige Verfehlung Deutschlands gegen den Versailler Vertrag oder den Dawesbericht festgestellt sei und die Alliierten sich nicht über die zu treffenden Maßnahmen einig sein könnten. Damit ist der Sanktionspolitik nicht nur eine kleine Hintertür, sondern ein großes Portal weit offengelassen, über das man verfuhr wäre, die Worte zu schreiben: Daß alle Hoffnungen fahren.

Unter diesen Umständen darf man sich an der Seine nicht wundern, wenn in Deutschland eine pessimistische Stimmung mit Bezug auf den Dawesbericht Platz greift und die Aussichten für die parlamentarische Erledigung der damit in Zusammenhang stehenden Gesetze sich nicht gerade verbessern. Die Vorwürfe gegen Deutschland wegen angeblicher Verzögerung der Gesetze sind so unberechtigt, daß sie kaum eine Widerlegung wert sind. Die betreffenden Gesetze können doch erst parlamentarisch erledigt werden, wenn sie von den Organisationsausschüssen entworfen und von der Reparationskommission gebilligt sind. Es ist nicht deutsche Schuld, daß diese Vorarbeiten sich solange hingezogen haben und erst einer der Gegenstände der Reparationskommission vorgelegt werden konnte. Die Haltung der deutschen Regierung zum Dawesplan ist durchaus loyal. Die Reichsregierung beabsichtigt nicht, den Polnaretschen Denkschrift entgegen zu treten. Die Haltung der deutschen Regierung zum Dawesplan ist durchaus loyal. Die Reichsregierung beabsichtigt nicht, den Polnaretschen Denkschrift entgegen zu treten.

Paris 14. Juli. Der deutsche Botschafter v. Hoersch hatte heute mittags mit Herriot vor dessen Abreise nach London eine fast einstündige Unterredung. Der Botschafter entwickelte nochmals den Standpunkt in allen aktuellen Fragen. (WZ.)

Amerika in London nur Beobachter.

London, 14. Juli. Die Londoner „Times“ bringen gestern ein New Yorker Telegramm der Presse-Association, wonach die Vollmachten für die nach London abgereiste amerikanische Kommission ausdrücklich nur auf Beobachtung und nicht auf Mitwirkung an den Londoner Verhandlungen lauten.

Nach Erledigung der Zollfragen muß an die Arbeit zur Wiederaufrichtung der Handelsverträge gekehrt werden. Der Krieg hat die langfristigen Handelsverträge, aber auch die internationale Goldwährung zerstört. Es muß jetzt erst wieder langsam aufgebaut werden. Die Hauptaufgabe der Reichsregierung ist die sorgfältige Vorbereitung und die Kunst des Verhandeln, die der Industrie, der Regierung Material zu liefern.

In der sich anschließenden Aussprache wies der Geschäftsführer des Eisen- und Stahlwarenindustrieverbandes, Dr. Moebius-Elberfeld, darauf hin, daß die Einfuhrverbote für Rohstoffe noch bestehen, für die Fertigerzeugnisse aber aufgehoben sind. Solange wir noch keine Handelsverträge und einen genügenden Zollschutz haben, dürften Einfuhrverbote für gewisse Fertigwaren zweckmäßig sein. Er richtete weiterhin den Appell an die Verbände, roge mitzuarbeiten, damit der Regierung ein umfassendes Material zur Verfügung gestellt werden kann.

Syndikus Dr. Voss-Hagen stellte es als unwahrscheinlich hin, die Kontingente und Einfuhrverbote streng durchzuführen. Unser Zolltarif muß ein Instrument sein, um Handelsverträge abzuschließen zu können. Die Preisbewegung für

Rohstoffe ist augenblicklich stark, weil unsere Rohstoffbede zu gering ist. Wir müssen für einen mäßigen Schutz einreten, der vom Rohstoffe bis zum Fertigfabrikat systematisch aufgebaut wird. Außerdem muß in ihm der Schutz der menschlichen Arbeit berücksichtigt werden, die in den Erzeugnissen steckt.

Begrenzte Getreideausfuhr erlaubt.

Berlin, 14. Juli. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat den Reichskommissar bei der Reichsgetreidekasse ermächtigt, auf Antrag von Fall zu Fall eine Unbedenklichkeitsbescheinigung für die Ausfuhr von Getreide, Mehl und Abfallprodukten aus dem Getreide zu erteilen. Der Absatz dieser Erzeugnisse auf dem Inlandsmarkte ist in den letzten Wochen so unendlich schwierig geworden, daß im Interesse der heimischen wachsenden Notlage der Landwirtschaft, der Mühlen und des Handels eine Abgabemöglichkeit durch die Ausfuhr geschaffen werden mußte. Bei der gedachten Art der Ausfuhrleichterung ist es möglich und auch beabsichtigt, das Maß der Ausfuhr zu begrenzen, wenn die Ausfuhr bedentlichen Umfang annehmen sollte, für welche Befürchtung jedoch kein Anlaß vorliegt, da die Abgabemöglichkeiten für deutsches Getreide und Mehl im Ausland sehr beschränkt sind.

Die Schutzvorräte werden freigegeben.

Berlin, 14. Juli. Zu der Meldung eines Montagsblattes über die event. Zurückziehung der Zollvorlage wird mitgeteilt, daß der Reichskanzler sich am Sonntag über die Notwendigkeit der Zollvorlage ausgesprochen und daß sich inzwischen an der Sache nichts geändert hat.

Die wirtschaftliche Handhabung der Steuergesetze.

Berlin, 14. Juli. Das Präsidium des Hansabundes tagte am 13. Juli in Berlin im Hotel Esplanade, um zu den wirtschaftspolitischen Tagesfragen Stellung zu nehmen. In der die allgemeinen Fragen betreffenden Aussprache wurden vor allem besprochen die verheerenden Wirkungen der gegenwärtigen Handhabung der Steuergesetze auf die Produktionsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sowie die Kredit- und Diszontopolitik der Reichsbank, die neue Zollvorlage der Reichsregierung usw. Das Präsidium faßte folgende Entschlüsse:

Das Präsidium des Hansabundes protestiert gegen die gegenwärtige Handhabung der Steuergesetze und fordert in vollem Bewußtsein der Verpflichtungen der Wirtschaft gegenüber dem Staate sofortige durchgreifende Herabsetzung der Steuerbelastungen, Abänderung der jetzt geltenden Grundlagen für die Vorauszahlungen der Einkommen- und Körperschaftsteuer und Ermäßigung der den Kapitalverkehr belastenden Steuer. Das Präsidium des Hansabundes wendet sich mit Entschiedenheit gegen alle Versuche, die Einheitlichkeit des deutschen Verkehrsrechts wieder aufzuheben, und fordert die Reichsregierung auf, mit allem Nachdruck alle dahingehenden Wünsche abzulehnen.

Zur Fortführung der durch die Präsidialaktion eingeleiteten Arbeiten wurden besondere Ausschüsse gebildet.

Fortschritt der Kommunisten-Verhaftungen.

Berlin, 14. Juli. Die am Sonntagabend durch die Abteilung 1a des Berliner Polizeipräsidiums fortgesetzten Verhaftungen von Kommunisten haben bis zum Abend zur Festnahme von weiteren 23 Parteigenossen geführt. Unter den Verhafteten befinden sich wiederum acht Beamte der russischen Handelsvertretung, die auf Grund richterlicher Haftbefehle bereits in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert sind. Die Aktion gilt als auch jetzt noch nicht abgeschlossen. Der Reichsanwalt weilt dieser Tage wieder in Berlin.

Kommunistische Ständekongresse im preussischen Landtag.

Berlin, 14. Juli. Bei den Aussprachen über die Geschäftsordnung gingen die Kommunisten mit dem sozialistischen Präsidenten Heinert nochmals ins Gericht wegen seiner Haltung in der bekannten Angelegenheit der Durchsicht der kommunistischen Fraktion. Kommunistisch geriet die Kommunistin Frau Wolfstein in eine heftige Auseinandersetzung mit dem Präsidenten. Sie hatte u. a. auch eine Beleidigung ausgesprochen, die sie wiederholen sollte, da der Präsident sie nicht verstanden hatte. Sie betonte, daß sie sich nicht vor dem Untersuchungsrichter bekenne und dem Präsidenten keine Antwort zu geben brauche. Der Präsident unterbrach sie darauf und machte sie darauf aufmerksam, daß sie zur Geschäftsordnung zu reden habe. Diese Anordnung des Präsidenten hatte zur Folge, daß die Kommunisten in einem wüsten Lärm ausbrachen, in dem die WZ, Wolfstein hineinrief: Ich protestiere gegen diese Geschäftsordnung! Als die Abgeordneten dem Präsidenten dann